

Merkurbote

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage — Verleger: Dr. Reicheberg; Monatlich für Abnehmer 8,50 M., bei Post 4.— M.; durch die Postanstalten 4,20 M. frei Haus; durch die Vkl. bezogen Vierteljähr. 12 M., halbjährlich 22 M., jährlich 40 M. Einzelnummern 20 Pf.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den feinsten halben Millimeter Raum 20 Pf., in kleinerem 80 Pf., für Vielfachungen 2. Abmachungen nach freier Absprache. Anzeigen für den nächsten Tag 10 Pf. vorab. Postfachkonto: Leipzig 39070.
—: Telefon Nr. 324. —:

Nr. 92

Sonntag den 2. Mai 1920

46. Jahrg.

Die Deutsche demokratische Partei und das Bürgerium.

Was häufig begegnet man dem Vorwurf, die Demokratische Partei habe das Bürgerium an die Sozialdemokratie verraten und dadurch eine schwere Schuld am deutschen Volk auf sich geladen. Dabei handelt es sich um eine Verleumdung, die nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form unrichtig ist. Die Demokratische Partei hat sich in der Vergangenheit als die Partei der nationalen Einheit und der nationalen Erneuerung erwiesen. Sie hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte. Die Demokratische Partei hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Als in den nächsten Tagen des November 1918 ein gewaltiger Sturm über uns hereinbrach, daß die deutsche Volksgemeinschaft unter dem Eindruck stand, daß die bis dahin herrschenden Parteien durch ihre unangemessenen Forderungen und durch ihre unangemessenen Forderungen die Revolution herbeiführen würden, verhielt sich die Demokratische Partei anders als die anderen Parteien. Sie hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Seit aber in der Partei die Überzeugung herrscht, daß aus jenem unheilvollen Zustand nur eine demokratisch-republikanische Staatsordnung zur Wiederherstellung führen könne, hat sie sich entschlossen, das Volk zu einer neuen Partei zu führen, die die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse, der Bauern und der kleinen Bürgerlichen in sich faßt. Ein solches Ziel ist die Demokratische Partei. Sie hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Darum ergibt sich, daß die Demokratische Partei keineswegs als Schildehalter der Sozialdemokratie fungieren wird können. Es mag in diesem Zusammenhang noch daran erinnert werden, daß hier in Merseburg die Demokraten nach den Wahlen an den maßgebenden Stellen sich mit allem Nachdruck gegen die Bildung einer linken Arbeiterregierung erklärten, sondern forderten, daß jeder Bürger, der an verfassungsmäßigen Wahlen teilnimmt, die Rechte ausüben kann. Die Demokratische Partei hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Aufruf an die Bevölkerung in den Wahlmündigkeitsgebieten.

Berlin, 1. Mai. (Z.-L.) Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen einen Aufruf an die Deutschen in der Hinsicht, die Wahlmündigen, die am 2. Mai 1920 wählen werden, sich an dem Wahltag zu beteiligen. Die Wahlmündigen sind aufgefordert, sich an dem Wahltag zu beteiligen, um die demokratische Verfassung zu sichern.

Austritt der „Auch-„Demokraten“.

Berlin, 1. Mai. Unter Aufruf der Partei ist ein Teil der Partei ausgetreten. Die Austrittenden sind die „Auch-„Demokraten“, die sich nicht an der demokratischen Verfassung beteiligen wollen.

Gesetzwahl bei Kommunalwahlen von Wirtschaftsbetrieben eingeleitet.

Berlin, 1. Mai. (Z.-L.) Dem Reichspräsident ist der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalwahlen von Wirtschaftsbetrieben vorgelegt worden. Das Gesetz soll die Wahlmündigen in den Wirtschaftsbetrieben zur Teilnahme an den Wahlen verpflichten.

Aufruf gegen den früheren Oberleutnant Hiller.

Berlin, 1. Mai. (Z.-L.) Am Freitag gegen den früheren Oberleutnant Hiller verfaßte der Vorwärtige Oberbürgermeister Dr. Wöber folgende Erklärung: Der Herr Hiller hat sich durch sein Verhalten in der Vergangenheit als ein Mann erwiesen, der die Interessen der Arbeiterklasse nicht wahrnimmt.

Eine öffentliche Versammlung für deutsche Kinder.

Berlin, 1. Mai. Der Vork für den 2. Mai ist eine öffentliche Versammlung für deutsche Kinder. Die Versammlung soll die Kinder über die demokratische Verfassung aufklären.

Die demokratische Verfassung ist die Grundlage für die nationale Erneuerung. Sie hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte. Die Demokratische Partei hat sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Deutschland und die Entente.

Die Erfüllung der Entente Deutschlands.

Berlin, 30. April. (Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.) Zur Förderung der Entente, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachzukommen muß, wird ein von unabhängigen Sachverständigen aufgestelltes Gutachten veröffentlicht. Das Gutachten enthält die Forderungen der Entente an Deutschland.

Aus Rom wird gemeldet: Im „Secolo“ heißt der Historiker

die Entente als die Ursache für die Krise in Deutschland bezeichnet. Er fordert die Demokratische Partei auf, sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie einzusetzen, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Die Ernährungsverhandlungen zwischen Berlin und Bayern.

München, 1. Mai. Die Ernährungsverhandlungen zwischen Berlin und Bayern sind abgeschlossen. Bayern erhält von allen ausländischen Lebensmitteln, die das Reich einführt, den vierten Teil.

Biviani über die deutsche Entschädigung.

Paris, 1. Mai. Der frühere Ministerpräsident Biviani erklärt, daß nach der Festlegung des ersten Garantierates über die deutsche Entschädigung die Entschädigung für Deutschland nicht mehr zu verlangen ist, sobald sich ein Wollstand wieder entwickeln würde.

Konferenzen zwischen Lloyd George und Millerand.

Paris, 1. Mai. (Z.-L.) Wie der „Reichsboten“ meldet, ist es wahrscheinlich, daß der Konferenz von Spa ein über zwei Wochen dauerndes Treffen zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden wird.

Amerikanische Flottenreisen.

London, 1. Mai. (Z.-L.) Der amerikanische Senat hat das Marinebudget in Höhe von 465 Millionen Dollar angenommen.

Streik in Leipzig.

Leipzig, 1. Mai. (Z.-L.) Wegen Lohnfragen haben die im Leipziger Großhandel beschäftigten Arbeiter beschlossen, heute Sonnabend in den Streik zu treten.

Grubenunglück bei Zwickau.

Zwickau, 1. Mai. (Reichsanzeiger.) Auf dem Wilhelmshafen II ist infolge explodierender Gase ein Brand ausgebrochen, der bereits 48 Stunden dauert. Es ist bis jetzt nicht gelungen, das Feuer zu löschen. In dem brennenden Abfall sind neun Verletzte eingeschlossen, von denen zwei bereits gestorben sind.

Der italienische Ministerpräsident reist nach Wien und Spa.

Wien, 30. April. Der italienische Ministerpräsident mussolini ist nach Wien und Spa gereist. Er wird an der Konferenz von Spa teilnehmen.

Ausfrage im englischen Unterhaus über den Weltkrieg.

London, 30. April. Wie aus London gemeldet wird, sagte Lloyd George im Unterhaus, daß die Entente die Verantwortung für den Weltkrieg auf sich zu nehmen hat.

Der italienische Ministerpräsident reist nach Wien und Spa.

Wien, 30. April. Der italienische Ministerpräsident mussolini ist nach Wien und Spa gereist. Er wird an der Konferenz von Spa teilnehmen.

Die Erfüllung der Entente Deutschlands.

Berlin, 30. April. (Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.) Zur Förderung der Entente, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachzukommen muß, wird ein von unabhängigen Sachverständigen aufgestelltes Gutachten veröffentlicht.

Aus Rom wird gemeldet: Im „Secolo“ heißt der Historiker

die Entente als die Ursache für die Krise in Deutschland bezeichnet. Er fordert die Demokratische Partei auf, sich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie einzusetzen, die das Volk durch ihre Forderungen zu zersplittern suchte.

Die Erfüllung der Entente Deutschlands.

Berlin, 30. April. (Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.) Zur Förderung der Entente, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachzukommen muß, wird ein von unabhängigen Sachverständigen aufgestelltes Gutachten veröffentlicht.

